

landfahrten. (CEN, 22.12.1980)  
-ga-

#### **(46) Kernkraftwerke für Hongkong und Guangdong**

In einer gemeinsamen Feasibility-Studie treten Energieversorgungsunternehmen aus Hongkong und der chinesischen Provinz Guangdong für die Errichtung zweier Kernkraftwerke in der Nähe von Hongkong ein. Das 2,25 Mrd.\$- Projekt soll beide Städte mit Strom versorgen.

Nach den jetzt veröffentlichten Angaben würden Hongkongs "China Light and Power Company" und die staatliche "Guangdong Power Company" die beiden 900-Megawatt-Anlagen betreiben und deren Eigentümer sein. Die Studie empfiehlt, zwei 900-Megawatt-Druckwasserreaktoren an einer der beiden chinesischen Buchten nordöstlich von Hongkong zu errichten. Nicht erwähnt wird in der vorgelegten Studie, ob es sich bei den beiden Reaktoren um die Kernkraftwerke handelt, die China eventuell von Frankreich kaufen will.

Der Feasibility-Studie müssen die Regierungen der Provinz Guangdong, Chinas, Hongkongs und Großbritanniens zustimmen. Das Joint Venture soll nach der Studie bis zum Jahre 2009 laufen, d.h. zwölf Jahre länger als der Pachtvertrag Hongkongs für die New Territories.

Wenn mit dem Bau beider Reaktoren im nächsten Jahr begonnen würde, könnten sie im Jahre 1988 bzw. 1989 fertiggestellt sein (AWSJ, 13.12.1980).  
-ga-

#### **(47) Bulgarien verkauft vier Computer**

Die größte Computerherstellerfirma in Bulgarien, ISOT, hat vier Computeranlagen an China verkauft. Sie werden an den Universitäten von Nanjing, Wuhan und Chongqing installiert. Das vierte System wurde schon vor 12 Monaten in der Fernmeldefabrik in Beijing aufgestellt. Die bulgarischen Anlagen sind mit den IBM-Anlagen 360 und 370 kompatibel.

Nach Aussagen des leitenden bulgarischen Ingenieurs in diesem Geschäft werden die Chinesen die Computeranlagen für allgemeine Zwecke wie der Verarbeitung von Informationen über Geologie, Mathematik und Statistik verwenden. Obwohl keine Preisangaben veröffentlicht wurden, schätzen Industrieexperten den Gesamtwert der Transaktion auf wenigstens 8 Mio.US\$. China wird jedoch nicht bar zu bezahlen haben, da beide Länder ein Tauschabkommen unterzeichnet haben.

Ursprünglich wurden die chinesischen Fachkräfte für ein halbes Jahr in Bulgarien an den Anlagen ausgebildet. Nach neuesten Obereinkünften wird

die Ausbildung jedoch in China selbst durchgeführt.

Zusätzlich zu diesen vier Systemen hat Bulgarien an China 100 Diskettenlaufwerke und 200 Diskettengeräte mit Gehäuse verkauft. Diese sind an 65 Unternehmungen und Organisationen in China geliefert worden. (China Business Report, London, Januar 1981)  
-ga-

### **WIRTSCHAFT**

#### **(48) Ausführungsbestimmungen zum Körperschaftssteuergesetz für Gemeinschaftsunternehmen und zum Einkommensteuergesetz**

Am 17.Dezember veröffentlichte die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua detaillierte Ausführungsbestimmungen zum Körperschaftssteuergesetz für Gemeinschaftsunternehmen und für das Einkommensteuergesetz der Volksrepublik China. Beide wurden vom Staatsrat verabschiedet. Beide Dokumente sind ausführlicher und präziser als die bislang veröffentlichten Körperschafts- und Einkommenssteuerbestimmungen.

Bei den Bestimmungen über die Körperschaftsteuer für Gemeinschaftsunternehmen scheinen besonders die Art.9 und 13 interessant zu sein. Art.9 führt diejenigen Positionen auf, die bei der Berechnung des zu versteuernden Einkommens nicht als Kosten oder Ausgaben abgesetzt werden dürfen. Auffällig ist hier, daß im Gegensatz zur international üblichen Praxis Kapitalzinsen nicht als Kosten anerkannt werden.

Nach Angaben des Executive Director der CITIC, Wu Zhiao, entspricht der Art.9 genau den Richtlinien, die China auch von 1950-56 in dieser Frage angewendet habe.

Art.13 regelt die Abschreibungszeiten für Anlagegüter. Neu ist die Bestimmung, daß elektronische Ausrüstungen innerhalb von fünf Jahren abgeschrieben werden dürfen. Für Gebäude wurde eine Abschreibungszeit von 20 Jahren festgesetzt. Dies könnte damit in Konflikt geraten, daß viele ausländische Investitionen in China nur einen Zeitraum von 10 Jahren umfassen.

Beide Dokumente sind am Ende dieses Heftes im Wortlaut abgedruckt.  
-ga-

#### **(49) Haushaltsdefizit, Energieknappheit und Inflationsgefahr: Zhao Ziyangs düsteres Bild von Chinas Wirtschaft**

In einem vertraulichen Bericht, den Chinas Ministerpräsident Zhao Ziyang dem rumänischen Ministerpräsidenten Ilie Verdet gab und der

jetzt unter chinesischen Topkadern zirkuliert, wird ein sehr offenes Bild des gegenwärtigen Stands der chinesischen Wirtschaft gezeichnet. Zhao Ziyang geht in seinem Bericht besonders auf die Punkte Haushaltsdefizit, Inflation und Energieknappheit ein.

Zhao sagte, daß das Haushaltsdefizit für das Jahr 1980, das im September 1980 bei der Tagung des Nationalen Volkskongresses mit 8 Mio. Yuan angegeben wurde, sich auf mehr als 10 Mio. Yuan belaufen wird. 1979 betrug das Defizit über 17 Mio. Yuan. Erstmals sprach Zhao Ziyang davon, daß China auch im Jahre 1978 ein Haushaltsdefizit gehabt habe. Von 1978 bis 1980 betrüge die Unterdeckung jeweils 10% des Gesamthaushaltes. Zhao Ziyang sagte, daß die Regierung in den letzten Jahren zu viel Geld ausgegeben habe. "Wenn wir weiterhin Geld ausgegeben werden, wird es eine Inflationsexplosion geben." Zhao Ziyang gab jetzt an, daß ohne "grundlegende Änderungen" große Haushaltsdefizite noch jahrelang bestehen bleiben würden. Chinas Inflation beträgt offiziell gegenwärtig 5,8% im Jahr, könnte aber wesentlich höher liegen.

Aufgrund der Energieknappheit im Lande, sagte Zhao, würden die chinesischen Fabriken nur mit 70% ihrer Kapazität arbeiten können.

Auch im Außenhandel habe China über seine Verhältnisse gelebt. Ausrüstungsgegenstände, die Handelsfirmen im Jahre 1978 eingekauft hätten, kämen jetzt in China an, obwohl sie dort noch nicht verwendet werden könnten. Kürzlich habe das Zentralkomitee entschieden, Ausrüstungsgegenstände im Gegenwert von 2 Mio. US\$ einzulagern.

Weil China sich über seine eigene Ölförderungskapazität zu optimistische Vorstellungen gemacht habe, habe man 22 Großprojekten mit einem hohen Energieverbrauch zugestimmt. Es gebe mehr als 1000 große und mittelgroße Projekte, und ein großer Prozentsatz von ihnen verbrauche viel Öl. Auch für die nächsten Jahre werde Chinas Ölproduktion stagnieren. Erst die Erschließung des Off-shore-Öls könne eine Wendung bringen. Während für 1980 von einer gleichbleibenden Erdölförderung von 106 Mio. Tonnen ausgegangen wird, wird diese 1981 wahrscheinlich um 5 Mio. und 1982 um 9,7 Mio. Tonnen zurückgehen.

Aufgrund der überzogenen Erdöloffnungen habe man die Kohleförderung vernachlässigt. In den letzten Jahren seien nur wenige Bergwerke neu erschlossen worden. Deshalb müsse man in den nächsten Jahren große Anstrengungen unternehmen, um das Niveau der Kohleförderung zu halten. Zhao vermutete, daß es im nächsten Jahr sogar sinken werde.

Auch in Zukunft sei es nötig einige Fabriken zu schließen, um die Finanzlasten für die Regierung und den Energieverbrauch zu senken. Einige unprofitabel arbeitende Fabriken seien schon geschlossen worden. Hier sei auch besonders an Fabriken in entlegenen Landesteilen zu denken,

die während der Mao-Ära dort hinverlegt wurden, um Chinas Industrie bei einem möglichen sowjetischen Angriff zu schützen. Was die Neuinvestitionen betrifft, so sagte Zhao Ziyang, daß diese "Investbauten" im nächsten Jahr (1981) um 40% zurückgehen müßten.

Angesicht dieser Probleme erklärte Zhao Ziyang, daß China nicht in der Lage sei, für 1981 einen Wirtschaftsplan aufzustellen, auch an einen Fünfjahres-Wirtschaftsplan sei gegenwärtig nicht zu denken. Die Reform der chinesischen Wirtschaft werde wenigstens 5 Jahre dauern.

In Chinas Landwirtschaft hätten sich die Dinge in den letzten beiden Jahren verbessert, sagte der Ministerpräsident. In diesem Jahr (1980) hätten allerdings schlechte Wetterbedingungen dazu geführt, daß die Getreideerzeugung zurückgegangen sei. Die Nachrichtenagentur Neues China nennt hier eine um 10 bis 15 Mio. Tonnen geringere Ernte als 1979. Dennoch wird es die zweitbeste Ernte in der Geschichte der Volksrepublik sein. Nur 1979 erzielte das Land eine bessere Ernte. Das Industriewachstum wurde von Zhao Ziyang für das Jahr 1980 auf insgesamt 8% geschätzt, obwohl der industrielle Output in der ersten Jahreshälfte noch 13,6% über dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres gelegen hatte.

Zhao Ziyang räumte ein, daß die Regierung den Investitionen für Kapitalgüter zu große Bedeutung beigemessen habe. Die Konsumgüter seien vernachlässigt worden. Er fügte hinzu, daß China große unverkäufliche Warenbestände angehäuft habe. Nach Aussage des stellvertretenden Ministerpräsidenten Gu Mu werde das Land 1981 eine nationale Kampagne durchführen, um die Lagerbestände zu inspizieren (AWSJ, 30.12. 1980).  
-ga-

### **(50) Zwischenhandel auf individueller Basis erlaubt**

Private Handelstätigkeit ist in China, sofern sie auf individueller Basis stattfindet, erlaubt. Noch 1979 wurde der Zwischenhandel als Spekulation verdammt. Diese Tätigkeit wird so definiert, daß es erlaubt sei, "etwas Geld durch die Preisunterschiede zwischen verschiedenen Gebieten bzw. aufgrund saisonaler Faktoren" zu verdienen. Allerdings wird dieses auf die Selbstbeschäftigung von Einzelpersonen beschränkt, also an die Körperkraft eines einzelnen Händlers gebunden. Nicht erlaubt ist dagegen der Zwischenhandel in großem Stil, wobei öffentliche Verkehrsmittel und Transportmittel benutzt werden, Arbeitskräfte angestellt werden und der Wiederverkauf im Rahmen von Großhandel stattfindet.

Zu dieser Unterscheidung zwischen erlaubtem und nicht erlaubtem Zwischenhandel hat sich jetzt die chinesische Führung durchgerungen. Die Volkszeitung vom 20. Dezember 1980 druckt einen Artikel nach, der am 30. November in der "Chi-

nesischen Bauernzeitung" erschienen war.  
-ga-

### (51) Sanierung geht vor Reform

Im gegenwärtig laufenden Konsolidierungsprogramm der chinesischen Volkswirtschaft wird der Neugewichtung der volkswirtschaftlichen Proportionen eindeutig der Vorrang vor der Änderung des Wirtschaftssystems eingeräumt. Dies ist der Tenor eines fast einseitigen Leitartikels der Volkszeitung vom 2. Dezember.

Die programmatische Grundlage des jetzigen Konsolidierungsprogramms ist in den vier Begriffen (bzw. acht chinesischen Zeichen) der Ende Dezember 1978 verabschiedeten "Acht Zeichenschriftlinien", nämlich "Regulierung, Reform, Konsolidierung, Niveauanhebung" formelhaft zusammengefaßt. Rangierten die hiermit verstandenen Aufgaben, nämlich die Neugewichtung der volkswirtschaftlichen Proportionen, die Reform der Wirtschaftsordnung, die Reorganisation der Betriebe und schließlich die Hebung des gesamten volkswirtschaftlichen Niveaus eher nebeneinander, so wird jetzt deutlich eine Rangfolge formuliert. Die Regulierung bzw. Sanierung der Volkswirtschaft bildet die Hauptaufgabe des gegenwärtigen Änderungsprozesses. Die Reform ist ihr untergeordnet, reformiert werden soll nur innerhalb der Sanierungsbemühungen.

"Die Planmäßigkeit muß verstärkt werden, die Blindheit überwunden werden." Und noch prononcierter: "Wenn es keine Planwirtschaft gibt, dann gibt es auch keinen Sozialismus." Also explizit eine stärkere Gewichtung von Planung und Zentralismus, eine Zurückstufung betrieblicher Eigenständigkeiten. Hatte der jetzige Premier Zhao Ziyang noch zu Beginn des Jahres 1980 Gemeineigentum an Produktionsmitteln und Leistungsprinzip als die beiden Grundvoraussetzungen des Sozialismus definiert, so erhebt der jetzt veröffentlichte Leitartikel der Volkszeitung ebenfalls die Planwirtschaft in den Rang einer nicht verzichtbaren Bedingung für die Existenz des Sozialismus. Gleichzeitig betont der Artikel aber, daß die im Zuge der erweiterten betrieblichen Zuständigkeiten erreichte Situation "ohne Zweifel eine gute Sache" sei.

Hauptproblem ist die "zu lange Investbaufont", also der seit längerem beklagte unökonomische, zu weit auseinandergedogene Einsatz der Investitionsmittel, der zu überlangen Fertigstellungszeiten der in Angriff genommenen Investitionsprojekte führt. Hier habe man es eben nicht nur mit den aus den kulturevolutionären Jahren ererbten Mißständen in der Wirtschaft zu tun, sondern es seien neue, durch die Erweiterung der betrieblichen Rechte hinzugekommene Probleme zu beklagen. Deshalb müssen in Zukunft lokale Investitionsvorhaben von zentraler Seite aus streng geprüft, genehmigt und kontrolliert werden. In Zukunft solle deshalb bei Investitionen dreistufig vorgegangen werden: Der Zen-

trale bleiben große Investitionsprojekte in Schlüsselbereichen vorbehalten. Landwirtschaftliche, leichtindustrielle Projekte, Investitionen bei Baumaterialien und im Städtebau, bei Umweltschutz, Handel und Dienstleistungen sollten von lokaler Seite (in Zusammenarbeit mit der Zentrale) durchgeführt werden. Die Betriebe sollen die ihnen verbleibenden Mittel in erster Linie für den Bau von Arbeiterwohnungen, für Mittel des Arbeitsschutzes, der Energieeinsparung und für eine Ausweitung ihrer Produktion verwenden (RMRB, 2.12.1980).

Gerade bei diesem letzten Punkt, nämlich der Verwendung der betrieblichen Mittel, liegt das Hauptproblem. Dies illustriert ein Bericht aus der nordchinesischen Provinz Heilongjiang. Hier wird berichtet, daß die Betriebe der Leicht- und Textilindustrie in dieser Provinz im Jahre 1980 150 Mio. Yuan an Darlehen aufgenommen hätten, um bestehende Potentiale zu erschließen, die Produktion zu erneuern und umzugestalten. Aber, so wird in dem Bericht hervorgehoben, 70% dieser Projekte hätten viel mehr getan als bloß eine Erschließung vorhandener Potentiale, sie seien vielmehr als komplette Neuinvestitionen einzustufen. Dies läge nicht nur daran, daß den betreffenden lokalen Betrieben und Institutionen jeder Sinn für volkswirtschaftliche Proportionen fehle. Hauptsächlich läge es daran, daß es überhaupt keine einheitliche Aufsicht für betriebliche Investitionsprojekte gebe. Den Betrieben stünden mehr als zehn Kanäle zur Verfügung, über die sie sich Investitionsmittel beschaffen könnten (XNA in Chinesisch, 1.12.80, zit. nach SWB, 10.12.80).

Ist dies, wie viele westliche Kommentatoren glauben machen, der Beginn des großen Roll Back der chinesischen Reformpolitik? Nach den bisher vorliegenden Informationen kann davon eigentlich nicht ausgegangen werden. Was in der Tat stattfindet, das ist ein Rückgriff auf "bewährte" planwirtschaftliche administrative Maßnahmen angesichts gravierender Schwierigkeiten im Konsolidierungsprozeß. Vielleicht werden die chinesischen Wirtschaftsfachleute zu einem späteren Zeitpunkt, an dem auch die Reform des Wirtschaftssystems weiter fortgeschritten ist, sich zu der Einsicht durcharbeiten, daß auch die jetzt betonte Sanierung und Neubestimmung volkswirtschaftlicher Gewichte mit den Mitteln des Marktes bewerkstelligt werden können. Aber diese "Marktkräfte", z.B. ein Preissystem, das volkswirtschaftliche Angebots- und Nachfrageverhältnisse widerspiegelt, existieren gegenwärtig in China nicht. So stand man also vor der Entscheidung, entweder marktwirtschaftlichen Kräften in weitaus umfangreicherem Maß als bisher freien Lauf zu lassen, um so zu einer Neugewichtung der Proportionen in Chinas Wirtschaft mit den Mitteln von Preisanpassungen, Betriebsstillegungen, Kurzarbeit und ähnlichen Phänomenen zu gelangen, oder, wie eben jetzt geschehen, von oben diese erwünschten Proportionen vorzugeben und durchzusetzen.  
-ga-

**(52) Sichuaner Reformbetriebe**

Ein Korrespondent des englischen "China Business Report" berichtet über einige Untersuchungsergebnisse, die er in Reformbetrieben der Provinz Sichuan machen konnte. Er unterteilt die dort vorgenommenen Wirtschaftsreformen in drei Stufen: In der ersten können die Betriebe 5% des planmäßig erzielten Gewinns und 20% des Überschußgewinns zur Eigenverwendung behalten. In der zweiten stehen ihnen 20% des Gesamtgewinns zu, in der dritten schließlich behalten sie alle Gewinne und leisten ihre Abführungen an den Staat in Form von Steuern.

Von der Chongqing Eisen- und Stahlfabrik, die sich gegenwärtig in Stufe 2 dieser Gliederung befindet, wird berichtet, daß sie im Jahre 1979 13% ihrer Gesamtgewinne behalten durfte und für das Jahr 1980 einen Anteil von 30% erwartet. Bei einem Gesamtgewinn von 70 Mio. macht dies 21 Mio. Yuan aus. Von dieser Gewinnbeteiligungssumme sind 40% für Reinvestitionen vorgesehen, der Rest steht sozialen und Prämienzwecken zur Verfügung.

Unter Umgehung der staatlichen Absatzkanäle konnte das Werk im Jahre 1979 von seinen insgesamt 680.000t Stahlerzeugnissen 130.000t selbständig an Endverbraucher verkaufen. 1980 will das Werk von 700.000t 280.000t direkt verkaufen. Dies würde dem Betrieb nicht nur bessere Gewinne bescheren, sondern es ihm auch erlauben, seine Angebotspalette besser an den Marktbedürfnissen auszurichten. Man denkt daran, ebenfalls eine Marketing Abteilung aufzubauen.

Von den besuchten Betrieben arbeiteten zwei schon nach der Endstufe 3, also mit voller Gewinnbeteiligung. Dies sind die Chongqing Uhren- und Armbanduhrenfabrik und die Sichuan Baumwoll-Textilfabrik Nr.1. Zumindest die von der Uhrenfabrik genannten Steigerungen beim Umsatz werden von dem Korrespondenten in Frage gestellt, da das Werk im letzten Jahr 19 Betriebe zusammengefaßt hat zu einem Generalunternehmen, so daß die Umsatzsteigerung hierauf zurückzuführen ist.

Die für die Uhren angegebenen Preise machen deutlich, welche eine große Aufgabe eine Änderung des Preissystems für die chinesische Wirtschaft noch darstellt. Uhren werden für 21 Yuan exportiert. Dies entspricht ungefähr den Herstellungskosten. In China selbst betragen die Einzelhandelspreise für die gleichen Uhren 80 Yuan, Großhandelspreise 72 Yuan, staatliche Ankaufspreise 62 Yuan.

Die Baumwoll-Textilfabrik berichtet, daß sie eine Körperschaftssteuer von 69% zu bezahlen hatte. Dazu kamen eine kleine Steuer für das Anlagekapital und unverändert die Handels- und Industriesteuer. In einer Befragung der Betriebsangehörigen stellte der Korrespondent Unterschiede bei der Beurteilung des neuen Systems fest. Während das Leitungspersonal die Reform sehr begrüßte, zeigten die von ihm be-

fragten Arbeiter Zweifel. Sie glaubten nicht, daß das System einer lebenslang garantierten Beschäftigung ("Die eiserne Reisschüssel") abgeschafft werden könne (China Business Report, Januar 1981).

-ga-

**(53) Parteibürokratie in chinesischen Betrieben**

Die in Hongkong erscheinende kommunistische Zeitung Da Gong Bao zitiert aus der Zeitschrift "Die Gegenwart" die Aussagen einiger "Macher" im chinesischen Modernisierungsprozeß. Am Ende eines Interviews wird der stellvertretende Direktor Zhang Shaoding, der verantwortlich für die Produktion in einer Elektromaschinenfabrik ist, nach seinen Problemen befragt. Nach vielem Zögern erzählt er seine Erfahrungen mit der Parteibürokratie in der Fabrik: "Einmal ging ich bei einer dringenden Angelegenheit zu einem Schichtdirektor, um Arbeitsregelungen mit ihm zu besprechen. Er sagte mir: 'Gehe und sprich mit dem Politischen Direktor. Ich kann nur von ihm Anweisungen entgegennehmen.' Ich verstand seine Schwierigkeiten und suchte so den Politischen Direktor auf, der mir sagte: 'In Ordnung, ich werde es mit meiner Parteigruppe besprechen.' Die Parteigruppe hielt dann eine Sitzung ab, aber als Nicht-Parteimitglied mußte ich wegbleiben. Obwohl es eine dringende Angelegenheit war, hatte die Parteigruppe andere wichtige Angelegenheiten zu erledigen und kam tagelang nicht dazu, auf meine Bitte zu reagieren. Deshalb mußte ich zu dem Sekretär der Allgemeinen Parteigruppe gehen. Er sagte: 'Hm, dies ist wirklich eine dringende Sache, aber ich muß es mit der Allgemeinen Parteigruppe besprechen.' Natürlich war ich nicht berechtigt, bei einer Versammlung der Allgemeinen Parteigruppe zugegen zu sein. Deshalb mußte ich weiter warten. So wartete und wartete ich, und viele Dinge, die ich eigentlich tun sollte, blieben schlicht liegen. Es ist für einen Direktor wie mich, der nichts in Personalfragen, Ausgabenfragen oder bei der Zielrichtung der Produktion zu sagen hat, sicherlich sehr schwierig, seine Arbeit zu erledigen. Manchmal denke ich daran aufzugeben. Aber dann habe ich mir gesagt, wenn ich das täte, würde ich die Partei fallenlassen." (DGB, 18.12.1980)

-ga-

**(54) Fortbildung für Fabrikleiter**

Mehr als 175.000 Fabrikleiter aus der staatlichen chinesischen Großindustrie haben in diesem Jahr erfolgreich Fortbildungskurse abgeschlossen. Dies ist das größte Ausbildungsprogramm, das China seit 1949 durchgeführt hat, um die fachlichen Kenntnisse seiner Fabrikleiter zu verbessern. Bis zum Ende des Jahres 1981 sollen alle Leiter von Industrie-, Transport- und Fernmeldeunternehmen Kurse dieser Art durchlaufen haben. Dieses wurde auf einer nationalen Konferenz über die Fortbildung von Kadern ver-

kündet, die von der staatlichen Wirtschaftskommission vom 8.-18. Dezember abgehalten worden ist.

Diese Fortbildungszentren, an denen die Manager in späte ganztägig oder zeitweise ausgebildet werden, werden von Industrieministerien und Provinzbehörden durchgeführt. Zusätzlich sind 1980 12.000 Fabrikleiter in Schulen des normalen Bildungsweges und in Technischen Schulen ausgebildet worden.

Neben grundlegenden Fragen über Wirtschaftswissenschaften und Management wurden Kurse über Computertechnologie, Systemtechnik, Verhaltensforschung und Psychologie durchgeführt. (XNA, 19.12.1980)

-ga-

### **(55) Weniger Ackerland durch Mißbräuche bei der Bodennutzung**

In den zwanzig Jahren von 1957 bis 1977 hat die Volksrepublik China 120.000 qkm ihrer nutzbaren Ackerfläche verloren. Dies entspricht dem gesamten kultivierten Land der Provinzen Sichuan, Guangdong und Guangxi. Diese Zahlen wurden von Agrarwissenschaftlern auf einer Konferenz Ende November in Beijing genannt.

Im Durchschnitt entspricht der jährliche Verlust an Ackerfläche dem kultivierten Land der Provinz Fujian. Hinzu komme, daß das meiste mißbrauchte kultivierte Land fruchtbares Ackerland ist. In den meisten Fällen wurde das Land durch den Staat oder Kollektive für verschiedenste Bauzwecke benutzt. Demgegenüber hätten viele Gebiete, um den Verlust an Kulturland wettzumachen, auf eine Rodung von Wald- und Grasland zurückgegriffen. Dies hätte wiederum der Forstwirtschaft, der Fisch- und Viehhaltung schwere Verluste beigebracht.

"Seit der Befreiung sind 30 Jahre vergangen, und wir haben immer noch kein Bodenverwaltungsorgan auf nationaler Ebene. Dazu gibt es kein Bodengesetz, keine zusammenfassende Bodenuntersuchung oder zusammenfassende und akkurate statistische Daten."

"Die unterschiedslose Requirierung und Beschlagnahme von Land oder Landübertragung in versteckter Form sind weit verbreitet. Ein Leiter kann die Nutzung großer Bodenstücke einfach durch das Herausbringen einiger weniger Worte oder durch das Schreiben weniger Zeilen in Direktiven übertragen. Bei vielen Investitionsprojekten beschlagnahmten die Leute mehr und besseres Land, als sie eigentlich brauchen. Manchmal beschlagnahmten sie einfach Land, obwohl sie zu dem damaligen Zeitpunkt es gar nicht benötigten oder es überhaupt nicht benötigten... Illegale Landübertragungen und Landkäufe zu hohen Preisen oder auf einer besseren Basis sind ebenfalls ganz verbreitet. Mit Unterstützung ihrer übergeordneten Organe nehmen

einzelne Einheiten sogar bebautes Land zur eigenen Benutzung... Ein anderes Problem ist die Blindheit bei der Bodennutzung. China hat, wie allgemein angenommen wird, eine Fläche von 9,6 Mio. qkm Boden. Dies ist jedoch nur eine ungefähre Angabe, die man auf der Basis einer topographischen Karte im Maßstab von 1:mehreren Millionen in der Zeit vor der Befreiung erzielt hat und die inakkurat ist. Nach der Befreiung haben wir diese Zahl weiterverwendet, weil wir keine wissenschaftlichere zur umfassenderen und durchführbareren Landvermessung hatten. Unsere gegenwärtigen Statistiken über das kultivierte Land haben eine Fehlerschwankungsbreite von 20% oder sogar mehr. Wir haben keine genauen Zahlen über Grasland, Wälder, binnenländische Wasserläufe oder Küstenstrände, noch weniger eine klare Vorstellung über Landgrößen. Dieses hat Schwierigkeiten bei der genauen Anwendung unserer Wirtschaftsplanung hervorgerufen. Moderne wissenschaftliche Leitung ist dabei natürlich ganz außer Frage. Alles dies hat zu Subjektivismus und blinden Anweisungen bei der Bodennutzung geführt und resultierte in ernsthafter Vergeudung und Zerstörung unseres Landes.

Weiterhin finden Auseinandersetzungen über den Boden statt. Aufgrund unklarer Eigentumsverhältnisse haben jährlich Gruppenkämpfe während der Sommer-, Ernte- und der Herbstauszeit stattgefunden, und zwar in der Uferzone des Gelben Flusses entlang der Grenzen der Provinzen Henan und Shandong und in der Uferzone des Weishanhu längs der Grenzen der Provinzen Shandong und Jiangsu. In den letzten Jahren sind bei 92 Staatsfarmen auf der Insel Hainan und lokalen Kommunen und Brigaden Auseinandersetzungen über den Boden vorgekommen. Man hat einander sogar mit Waffen bekämpft..." (XNA in Chinesisch, 24.11.1980, zit. nach SWB, 31.12.1980)

-ga-

### **(56) Selektive Mechanisierung der Landwirtschaft**

Nach einem Beschluß des Staatsrates sollen im Nordosten Chinas - der ehemaligen Mandschurei - Basisgebiete für Marktgetreide errichtet werden. Im Nordwesten sollen primär Erntemaschinen eingesetzt werden, im Süden hauptsächlich Be- und Entwässerungsmaschinen. Insgesamt soll die Mechanisierung der Landwirtschaft am schnellsten im Nordosten des Landes entwickelt werden, langsamer dagegen im Süd- und Nordwesten. Die Mechanisierung in verschiedenen Präfekturen der Provinzen Ningxia und Gansu kann sogar ganz eingestellt werden (RMRB, 22.11.1980, zit. nach SWB, 11.12.1980).

-ga-

### **(57) Chinas Fernstraßen sollen verbessert werden**

Die Volksrepublik China verfügt gegenwärtig über ein Fernstraßennetz von 875.000 km. Dies

ist ungefähr das zwölfwache seit der Zeit der Gründung der Volksrepublik. Diese Zahl wurde auf einer landesweiten Versammlung über die Verbesserung des ernstraßennetzes in Beijing genannt. Die Konferenz hatte das Thema, die Straßenverhältnisse in China zu verbessern, um die Verkehrskapazität zu steigern.

Im Jahre 1980 sollten Anstrengungen unternommen werden, den Zustand der bestehenden Straßen zu verbessern, gefährliche Kreuzungen auszubauen und generell den niedrigen Standard der chinesischen Fernstraßen zu verbessern. (XNA, 8.1.1981)

Keine Rede war allerdings davon, das chinesische Straßennetz zu verlängern. Beijing setzt weiterhin in erster Linie auf ein Eisenbahnsystem.  
-ga-

### (58) Erhebung über Einkommen der chinesischen Bauern

Das chinesische Staatliche Statistische Büro gab die Ergebnisse einer Erhebung über das bäuerliche Einkommen in China bekannt. Die Erhebung stützt sich auf 10.282 Haushalte von Kommunemitgliedern in 23 Provinzen bzw. Gebieten. Nach den danach erzielten Angaben betrug das Durchschnittseinkommen in diesen Haushalten i.J. 1979 160,2 Yuan je Kommunemitglied. Dies seien 26,6 Yuan oder 19,9% mehr als i.J. 1978 gewesen. 102 Yuan seien in der Kollektivwirtschaft verdient worden (plus 14,6% zu 1978), 44 Yuan aus der Nebentätigkeit der Einzelhaushalte (plus 25,3%).

Von den 160 Yuan seien 134 Yuan für den Grundbedarf der Bauern ausgegeben worden. Dieser gliedert sich wie folgt auf:

#### Ausgaben für den Grundbedarf auf dem Lande

	1979		1978	
	Yuan	%	Yuan	%
Nahrungsmittel	86,0	63,9	78,6	67,7
Kleidung	17,6	13,1	14,7	12,7
Wohnung	7,7	5,7	3,7	3,2
Artikel des tägl. Bed.	11,1	8,3	7,6	6,6
Heiz- u. Brennmat.	8,3	6,2	8,2	7,1
Kultur. Aktivit.	3,7	2,8	3,2	2,7
Grundbed.	134,4	100,0	116,0	100,0

Zu den Ausgaben für Nahrungsmittel wird gesagt, daß für Grundnahrungsmittel 55,4 Yuan ausgegeben worden sind (4 Yuan mehr als 1978), für gehobener Nahrungsmittel 27,9 Yuan (3,2 Yuan mehr als 1978). Die Mehrausgaben bei den gehobenen Nahrungsmitteln beziehen sich nach Angaben des Statistischen Büros hauptsächlich auf

Speiseöl, Fleisch, Geflügel, Eier und Spirituosen. Der Verbrauch an Rind- und Hammelfleisch, Fischen und Krabben sowie an Gemüse sei jedoch gegenüber dem Jahre 1978 zurückgegangen.

Über den Stand der Versorgung mit langlebigen Konsumgütern machte das Statistische Büro aufgrund dieser Umfrage folgende Angaben: Von jeweils 10 Bauernhaushalten hätten 3,6 ein Fahrrad, 2,3 eine Nähmaschine, 2,6 ein Radiogerät und 5,5 eine Stand- oder Armbanduhr i.J. 1979 gehabt. In diesem Jahr seien von jeweils 10 Haushalten auch 2,2 neue Zimmer gebaut worden, die pro Zimmer im Durchschnitt 267,6 Yuan gekostet hätten. Hiernach würde jetzt auf Grund der Befragung von gut 10.000 Bauernhaushalten jeweils ein Haushalt 3,8 Zimmer bewohnen.

Nach einer Untersuchung von 5.385 Bauernhaushalten in 11 Provinzen und Gebieten habe das Bargeldeinkommen der Bauern i.J. 1979 77,8 Yuan betragen.

Jedes Kommunemitglied habe 1979 58,25 Yuan für Warenkäufe ausgegeben, zusätzlich habe es selbsthergestellte Güter im Gegenwert von 72,56 Yuan verbraucht (CNA, 2.1.81).

Interessant sind diese Zahlenangaben vor allem deshalb, weil aus ihnen hervorgeht, daß die Einkünfte auf dem Lande in China weiterhin zu knapp zwei Dritteln für Nahrungsmittel aufgewendet werden müssen. Allerdings ist bei der Verwendung der absoluten Zahlenbeiträge Vorsicht geboten, da unklar ist, wie weit die Erhebung des Statistischen Büros repräsentativ ist. Kein Bezug genommen wird in dem Artikel auf die Angabe im "Kommuniqué über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1979", das das Statistische Zentralamt am 30. April 1980 veröffentlicht hat (siehe C.a., April 1980). Darin wird das "Pro-Kopf-Einkommen in ländlichen Volkskommunen aus der kollektiven Wirtschaft 1979" mit 83,4 Yuan i.J. angegeben.

Zweitens ergibt sich eine Nichtübereinstimmung, wenn man die angeführten Einkommenszahlen mit der Größe des damit gemeinten Bevölkerungsteiles multipliziert: Es gibt auf dem Lande in China ungefähr eine Bevölkerung von 800 Millionen. Wenn man - wie das April-Kommuniqué des Statistischen Zentralamtes - von einem Pro-Kopf-Einkommen von 83,4 Yuan ausgeht, ergibt sich eine Gesamteinkommenssumme von 66,72 Mrd. Yuan. Bezieht man die jetzt veröffentlichten 160,2 Yuan pro Kommunemitglied auf die geschätzten 300 Millionen ländlichen Arbeitskräfte in China, so ergibt sich eine Gesamteinkommenssumme von 48,06 Mrd. Yuan.  
-ga-

### (59) Erhebung über das städtische Einkommensniveau in China

Das chinesische statistische Zentralamt führte eine Erhebung über das Einkommensniveau städtischer Lohnempfänger durch. Aus 44 chinesischen

Städten wurden 86.955 Familien befragt, die in den verschiedensten Berufen in Industrie, Baugewerbe, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fernmeldewesen, Handel, öffentlicher Dienst, Wissenschaft, Kultur, Bildung, öffentliches Gesundheitswesen, Finanzen, öffentliche Verwaltung und Massenorganisationen tätig sind. Erhebungszeitraum war das erste Vierteljahr 1980.

Folgende Ergebnisse wurden jetzt veröffentlicht:

Eine durchschnittliche chinesische Lohnempfängerfamilie besteht aus 4,48 Personen. Hiervon waren 2,47 Personen oder 55,1% beschäftigt. Dementsprechend kamen auf einen Lohnempfänger 1,81 zu ernährende Personen (einschließlich des Arbeitnehmers selbst). Der Durchschnittslohn eines Arbeitnehmers in der Untersuchung wird mit 63,92 Yuan angegeben, einschließlich Prämien, Beihilfezahlungen, Teuerungszulagen u.ä. Das Pro-Kopf-Einkommen einer Lohnempfängerfamilie ergab somit 35,8 Yuan. Nach Abzug der Ausgaben zur Unterstützung von nicht in der Familie lebenden Verwandten ergab sich pro Kopf ein verfügbares Einkommen von 32,6 Yuan.

Die regionalen Einkommensunterschiede bei den 44 untersuchten Städten wurden wie folgt angegeben:

Pro-Kopf-Familieneinkommen über 35 Yuan in den Städten Guangzhou, Shanghai, Urumqi, Foshan, Hangzhou, Beijing, Jinan, Shenyang, Yantai und Tianjin.

Zwischen 30 und 35 Yuan in Dandong, Shijiazhuang, Changsha, Wuhan, Nanjing, Anshan, Chengdu, Chongqing, Qiqihar, Jinzhou, Xian, Nanning, Zhengzhou, Huangshi, Chilin und Changchun.

Unter 30 Yuan in Harbin, Yinchuan, Handan, Hefei, Lanzhou, Daqing, Luzhu, Xianqang, Zaozhuang, Hohhot, Qinhuangdao, Taiyuan, Fuzhou, Nanchang, Xining, Kunming, Kaifeng und Qingjiang.

Die Erhebung unterteilte die Lohnempfängerfamilien aufgrund des zur Verfügung stehenden Pro-Kopf-Einkommens in fünf Gruppen.

1. 9,3% der untersuchten Familien hatten ein Pro-Kopf-Einkommen von über 50 Yuan. Die Gründe dafür waren, daß zum einen die Löhne relativ hoch lagen - 71,16 Yuan pro Lohnempfänger. Zweitens waren die Familien relativ klein - nur 3,53 Personen. Drittens gab es mehr Einkommensbezieher in diesen Familien, nämlich 3,01 Personen. Die Beschäftigungsrate betrug damit 85,3%, so daß jeder Lohnempfänger nur 1,17 Personen (einschließlich sich selbst) zu unterhalten hatte.

2. 30,2% der untersuchten Familien bezogen ein gehobenes mittleres Einkommen zwischen 30 und 50 Yuan. Der Durchschnittslohnempfänger bezog hier 64,43 Yuan, es gab 4,18 Personen in jeder

Familie, wobei die Einkommensbezieher 2,85 ausmachten. Jeder Lohnempfänger mußte damit 1,5 Personen ernähren.

3. Die Familien mittleren Einkommens zwischen 25 und 35 Yuan machten 37% der untersuchten Familien aus. Sie stellten die größte Gruppe. Hier betrug das Durchschnittseinkommen pro Lohnempfänger 63,54 Yuan. Im Vergleich mit der Gruppe des gehobenen mittleren Einkommens lag hier das Familieneinkommen pro Kopf niedriger, weil es mehr Personen je Familie zu ernähren gab.

4. Die Gruppe mit niedrigem Einkommen erhielt pro Kopf in der Familie zwischen 15 und 25 Yuan und machte 21,4% der untersuchten Familien aus. Hier gab es schon "relativ schwierige Lebensbedingungen". Das durchschnittliche Lohneinkommen pro Verdiener betrug 61,89 Yuan. Jede Familie hatte im Durchschnitt fünf Personen, wobei jedoch nur 1,98 Personen beschäftigt waren. Somit mußte jeder Lohnempfänger 2,54 Personen unterstützen.

5. Die armen Familien mit einem Pro-Kopf-Familieneinkommen von unter 15 Yuan machten 2,1% der untersuchten Familien aus. Hier gab es echte Lebensschwierigkeiten. Ihre Einkommen konnten ihre Ausgaben nicht decken, und sie mußten auf Unterstützungszahlungen ihrer Einheiten zurückgreifen. Der Durchschnittslohn pro Lohnempfänger betrug 62,43 Yuan, also nur 1,49 Yuan weniger als der Gesamtdurchschnitt. Aber aufgrund der Größe ihrer Familien von 5,3 Personen und der geringen Zahl von Lohnempfängern (1,31 Personen) betrug das zur Verfügung stehende Einkommen pro Kopf in diesen Familien nur 13,26 Yuan.

Darüber hinaus weist die statistische Untersuchung noch auf die Unterschiede zwischen den einzelnen Berufsgruppen hin. Besonders aufgeführt wurden Arbeiter und Angestellte in den Bereichen Kultur, Erziehung, Gesundheitsfürsorge, Verwaltung und Massenorganisationen. Sie alle verdienten weniger als normal.

Bemerkenswert bei dieser Untersuchung ist, daß insgesamt die Klassifizierung aufgrund des Familieneinkommens erfolgt, die chinesische Statistik somit dem existierenden Familienzusammenhalt Rechnung trägt. (XNA in Chinesisch, 30.12.1980, zit. nach SWB, 7.1.1981.)

In einer englischsprachigen Berichterstattung über die gleiche Untersuchung wurde noch eine weitere interessante Tatsache benannt. In einem Vergleich mit einer ähnlichen Untersuchung aus dem Jahre 1964 wurde angegeben, daß das heute festgestellte Lohnniveau 72,7% über jenem des Jahres 1964 läge, preisbereinigt jedoch nur um 60,1%. Damit ergibt sich eine Inflationsrate von 12,6% in den 16 Jahren zwischen 1964 und 1980.

-ga-

## (60) Preiskontrollen gegen Inflation

Die Propagierung strikter Preiskontrollen signalisieren die Befürchtung der chinesischen Wirtschaftsführung gegenüber einer zunehmenden Inflation. Am 7. Dezember erließ der Staatsrat ein Zirkular, das eine Reihe von Maßnahmen zur Kontrolle der Warenpreise in China enthielt.

Während des ganzen Dezembers erließen die verschiedensten staatlichen Organe ebenfalls Rundschreiben an die ihnen unterstellten Behörden, in denen sie sich auf das Staatsratszirkular beriefen und ebenfalls zu strengen Preiskontrollen aufriefen.

Das Zirkular bestimmt, daß alle Waren, alle Industrie- und Landwirtschaftsgüter, deren Preise schon staatlicherseits fixiert werden, nicht mehr zu höheren Preisen verkauft werden dürfen. Waren, die nicht der staatlichen Kontrolle unterliegen, dürfen nur noch unter den heutigen (7. Dezember) Tagespreisen verkauft werden, jedoch nicht über ihnen.

Warenverkäufe zu "ausgehandelten Preisen" dürfen nur noch in Übereinstimmung mit den entsprechenden Bestimmungen des Zirkulars und der örtlichen Preisbehörde getätigt werden.

Eine Liste der Artikel, die zu nicht fixierten Preisen abgegeben werden dürfen, muß von den örtlichen Volksregierungen gebilligt werden. Alle Investitionsgüter, die dem Staatsplan unterliegen, einschließlich derjenigen, die von den Erzeugern selbst verkauft werden dürfen, müssen zu staatlich kontrollierten Preisen verkauft werden. Industriegüter für den täglichen Gebrauch in den beiden ersten Kategorien - das sind die Haupterzeugnisse - dürfen nicht zu freien Preisen verkauft werden. Alle landwirtschaftlichen Einheiten und Kommunen dürfen erst dann ihre Agrarerzeugnisse, die den beiden ersten Kategorien angehören (das sind die hauptsächlich Agrarerzeugnisse), verkaufen, wenn sie die staatlichen Ankaufsverpflichtungen erfüllt haben. Erst dann dürfen die Überschußprodukte auf dem Markt verkauft bzw. unter die einzelnen Kommunebauern zum freien Verkauf aufgeteilt werden. Bei Gemüse, Eiern, Fisch und Obst darf es saisonal bedingte Preisunterschiede geben (XNA, 7.12.1980).

-ga-

## TAIWAN

### (61) Durchbruch der "substantiellen Beziehungen" mit Europa

Am 18. Dezember hat das Unterhaus des niederländischen Parlaments trotz scharfer Proteste aus Beijing einem Geschäft mit Taiwan über die Lieferung von zwei U-Booten, Kernkraft- und Flüssiggasanlagen im Wert von über 500 Mio. US\$ zu-

gestimmt (vgl. dazu C.a., Nov. 1980, S. 954, 0 73). Andererseits hat die Regierung in Taipei auch den Ankauf von vier "Airbus"-Maschinen durch CAL in Frankreich im Gesamtwert von 160 Mio. US\$ gebilligt (ZYRB, 20.12.80). Das Außenministerium in Taipei wurde durch die neue Entwicklung in den Beziehungen Taiwans mit Europa ermutigt und bemüht sich nun um eine allgemeine Ausdehnung der "substantiellen Beziehungen" mit allen Ländern, die keine offiziellen diplomatischen Beziehungen zu der Insel haben (Central News Agency, Taipei, 24.12.80). Mit Belgien hat Taipei auf inoffiziellen Wege Erleichterungen bei der Visabeschaffung erreicht. Anfang 1981 werden die Niederlande, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland nacheinander Handelsbüros in Taiwan errichten (ZYRB, 27.12.80; Central News Agency, Taipei, 24.12.80). Im Vergleich zu 1979 hat Taiwans Ausfuhr nach Europa sich 1980 um 40% erhöht. Gegenüber der Bundesrepublik Deutschland betrug Taiwans Ausfuhrzuwachsrate in den ersten drei Quartalen mit einem Wert von mehr als 827 Mio. US\$ im Vergleich zum gleichen Zeitraum 1979 sogar 50%. Davon sind Textilien und Kleider (Wert: über 162 Mio. US\$) um 78%, Elektromotoren und -geräte (Wert: über 153 Mio. US\$) um 50% gestiegen. Die Exporte von Stahl, Tierprodukten, Keramik, Porzellan, Töpfer- und Kunststoffwaren, optischen und photographischen Geräten nach Deutschland haben sogar um 100% zugenommen (ZYRB, 7.12.80 und Central News Agency, Taipei, 24.12.80).

-ni-

### (62) Wirtschaftswachstum 1981 auf 7,5% angesetzt

Nach den ersten offiziellen Schätzungen ist Taiwans Wirtschaft 1980 real um 6,7% gewachsen. Dies lag unter dem ursprünglichen Ziel von 8%. Für das neue Jahr setzt die Regierung aber erneut eine relativ hohe reale Zuwachsrate von 7,5% an. In dem neuen Jahresplan drückt sich die Hoffnung der Regierung in Taipei auf eine allmähliche Wiederbelebung der Wirtschaft und einen langsamen Rückgang der Inflationsrate im Jahr 1981 in der Welt aus.

Um das neue Ziel des Wirtschaftswachstums 1981 zu erreichen, muß die Insel vor allen Dingen versuchen, die Inflation im eigenen Haus zu zügeln. Die Großhandelspreise auf der Insel sind 1980 um 22% und die Verbraucherpreise um 19% gestiegen. In dem neuen Jahresplan wurde eine Steigerungsrate der Großhandelspreise von 9,5% veranschlagt. Andererseits muß die Regierung nach diesem Jahresplan die Ausgaben für öffentliche Zwecke, vor allem für Verteidigung und Sozialpolitik, um 9,9% erhöhen. Die privaten Konsumausgaben werden voraussichtlich um 6,7% steigen. Ihr Anteil am BSP soll von 50,6% (1980) auf 50,4% (1981) sinken. Hinsichtlich der Investitionen, die mit einer Höhe von 607,3 Mrd. NT\$ (36 NT\$ = 1 US\$) im Jahresplan veranschlagt wurden, muß der Beitrag der öffentlichen Hand um 10,7% erhöht werden. Die